

4. MB – 08.12.2020

Zur Delegation der Kreistagsaufgaben an den Kreisausschuss erklärt die GRÜNE Fraktion im Kreistag:

Kein Freibrief für die Verwaltung: Digitalisierung zum Aufrechterhalten der Demokratie ist jetzt gefordert

Mit der Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite - in Kraft getreten am 01.12.2020; befristet bis zum 31.01.2021 - hat der Landtag NRW die Möglichkeit eröffnet, Entscheidungsbefugnisse der Vertretungen auf die jeweilig zuständigen Ausschüsse zu delegieren (u.a. § 50 Abs. 3 Kreisordnung).

Bereits am Folgetag, dem 02.12.2020, schlug der Landrat vor, diese „Delegation von Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Kreistags unterliegen, auf den Kreisausschuss“ für die Dauer der festgestellten epidemischen Lage zu beschließen. Konkret würde dies bedeuten, die öffentlichen Sitzungen der 64 Kreistagsmitglieder auf den Kreis von nur 16 Teilnehmern zu reduzieren. Wir stimmen dem nicht generell zu.

Dazu die Fraktionssprecherinnen von Bündnis90/DIE GRÜNEN Andrea Saynisch und Marie Brück:

„Während Lehrer*innen sich täglich bemühen, pädagogische Formate für das notwendige Homeschooling zu erlernen, der Einzelhandel WebShops eröffnet, Supermärkte ebenso wie Restaurants Lieferdienste einführen, Kulturschaffende Online Flagge zeigen und jeder Bürger, jede Bürgerin bemüht ist, sich an die Notwendigkeiten der Ausnahmesituation bestmöglich anzupassen, um weiter präsent zu sein - fällt unserer Landesregierung nichts Besseres ein, als die kommunale Selbstverwaltung auf Notbetrieb umzustellen. Die Bürger*innen haben uns ihr Mandat gegeben – wann, wenn nicht jetzt, ist die Politik gefragt? Wir brauchen nicht weniger politisches Engagement und Präsenz, sondern angesichts der einschneidenden Beschränkungen Transparenz politischen Handelns einen möglichst klaren Blick auf die vielfältig betroffenen gesellschaftlichen Bereiche. Wir sind es den Bürger*innen schuldig, Krisen als Chancen zu begreifen und uns nicht in depressiver, ängstlicher Zurückhaltung zu üben!“

Auch wir wollen keine Präsenzveranstaltungen in dieser Zeit. Die Politik darf nicht zum Infektionsrisiko werden, aber wir brauchen jetzt dringend Verlässlichkeit, Einheitlichkeit und Transparenz in der Corona-Bekämpfung. Strategien mit einer Halbwertszeit von nur wenigen Wochen bis zur nächsten Welle helfen nicht. Wir fordern die Kreisverwaltung nachdrücklich auf, den Rückstand in Sachen „Digitalisierung politischer Prozesse“ aufzugreifen, und mit der nötigen Stringenz insbesondere auf der Landesebene Online-Sitzungen (s.g. Hybrid- Sitzungen) einzuführen. Dazu erwarten wir regelmäßige Informationen und Berichte über den Verlauf entsprechender Initiativen. Das Rad muss dazu nicht neu erfunden werden. Orientierung bietet hier bspw. das Land Baden-Württemberg, dessen Politik bereits seit Mai !! diesen Jahres vorlebt, wie digitale

GRÜNE Fraktion im Kreistag

» PRESSEMITTEILUNG



Parlaments-, Ausschuss- und Gremienarbeit funktioniert. Wir fordern eine Abkehr von müden Durchhalteparolen und eine Umkehr zu langfristigen Perspektiven. Wir erwarten dazu auch die Unterstützung der anderen Fraktionen. Insbesondere gilt dies für die CDU Oberberg, deren Bundestagskandidat Dr. Carsten Brodesser sich just für eine Digitalisierung „bis an die letzte Milchkanne“ ausgesprochen hat. Da sollte der Kreistag ganz vorne auf ihrer Liste zu finden sein.

Die Fraktionspressestelle